

Jelinek, Yeshayahu A.: Deutschland und Israel 1945 – 1965. Ein neurotisches Verhältnis. R. Oldenbourg Verlag: München 2004. Studien zur Zeitgeschichte, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. 498 S.

In vierzehn streng gegliederten und damit gut lesbaren Schritten unternimmt es der in Beersheva lehrende Historiker, die mit vielen Widersprüchen ausgestattete und mit Neurosen belastete Geschichte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel zu untersuchen, wobei auf die DDR lediglich in einem knappen Exkurs eingegangen wird. Jelinek ist für diese Arbeit bestens durch die Dokumentensammlung ausgewiesen, für die er als Herausgeber vor sieben Jahren verantwortlich zeichnete. Sensationelle Neuigkeiten sind demnach nicht zu erwarten.

Die Zahl der Beiträge zur deutsch-israelischen Geschichte ist nicht gerade gering. Botschafter in beiden Hauptstädten haben sich ebenso daran beteiligt, wie Wissenschaftler, Publizisten und Zeitzeugen. Dementsprechend schwankt das Urteil zwischen abwägender Würdigung und politischer Parteinahme. Eine letztgültige, autoritative Darstellung kann auch von Jelinek nicht erwartet werden, weil seine Darstellung mit dem Jahr der gegenseitigen diplomatischen Anerkennung abschließt. Für einen solchen Vorsatz würde die Einbettung der Anfänge in den zeitgeschichtlichen Gesamtzusammenhang gehören, dessen Faktoren seit 1965 nicht weniger spannend sind.

Nüchternheit, bei der die politische Bewertung an der einen oder anderen Stelle bisweilen ein wenig zu kurz kommen mag, ist also das Grundcharakteristikum dieses Buches. Für Leser der nachgeborenen Generationen ist die Zeit seit 1945 besonders aufschlussreich, als Zehntausende Überlebende des Holocaust vornehmlich aus Osteuropa – die „displaced persons“ – in westdeutschen und österreichischen Auffanglagern auf ihre Weiterreise warteten: wie sie zur Einwanderung in den entstehenden Staat Israel veranlasst werden sollen und wie stark antijüdische und antisemitische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung verbreitet waren. Den größten Raum belegen die bis ins Jahr 1941 zurückreichende Vorgeschichte und die Schritte zu den Luxemburger Abkommen vom September 1952 und deren winkelreiche Ausführung –

„[e]hemalige Nationalsozialisten und Mitläufer wandelten sich zu Fürsprechern der Juden“, schreibt Jelinek lapidar. Dabei stieß Ben-Gurions abwegige Idee, Israel solle rückwirkend Deutschland den Krieg erklären, um der israelischen Interpretation als Rechtsvertreter des gesamten jüdischen Volkes gehörigen Nachdruck zu verleihen, bei nicht-zionistischen Organisationen unter dem Dach der „Claims Conference“ auf Widerspruch.

Frühzeitige Doppeldeutigkeiten im beiderseitigen Verhältnis gehörten zum Repertoire. Zwei Beispiele: Anfang 1950 wurde der generelle israelische Pässeintrag „für alle Länder gültig“ vom Vermerk „außer für Deutschland“ ergänzt, ohne jedoch langen Bestand zu haben, zumal da sich israelische Staatsbürger ein entsprechendes Visum in einem Konsulat der Bundesrepublik irgendwo in Europa besorgen konnten. Gleichsam im Gegenzug suchten die deutschen Behörden nach Wegen, den als zu stark empfundenen Besucherstrom aus Israel einzudämmen. Zum anderen legte Israel äußerste Zurückhaltung an den Tag, wenn von eigenen Diplomaten das Thema der Reparationen (hebr. „shilumim“ = „Reparationen“ statt, wie von Jelinek vorgeschlagen, „Zahlungen“) angesprochen wurde.

Noch Mitte 1951 war Maschinen von „El Al“ die Benutzung deutscher Flughäfen untersagt. Die ersten Deutschen in Israel waren der im Auftrag des Vatikan reisende Kreisdekan Hermann Maas und der einst von den Nazis verfolgte Rudolf Küstermeier als Korrespondent der „Welt“, letzterer gleichsam als Bote ohne offiziellen Auftrag mit Kontakten zu israelischen Stellen. Während es zunächst im deutschen Interesse lag, die Beziehungen zu Israel zu „normalisieren“, war Bonn desto weniger darauf angewiesen, je mehr es gelang, Aufnahme in die westliche Gemeinschaft zu finden. Westliche Sorgen vor der „kommunistischen Gefahr“ in den arabischen Ländern mussten herhalten, um den besonders von Ben-Gurion gewünschten Botschafteraustausch auf die lange Bank zu schieben, „zu gegebener Zeit“, hieß es.

Im Zuge der Isolierung Israels nach dem Suez-Abenteuer 1956 kompensierte Bonn seine Vorsicht, israelischen Wünschen nachzukommen, mit der Vereinbarung von Waffenlieferungen. Dass sie nicht geheim blieben, dafür sorgten israelische Zeitungsberichte und die Rechtfertigung Ben-Gurions vor der Knesset. Anderthalb Jahre später, im Juni 1959, lieferte „Der Spiegel“ die Nachricht von waffentechnischen

Gegengeschäften – Vereinbarungen, an denen die USA zumindest wohlwollend, wenn nicht gar aktiv beteiligt waren: Der „Kalte Krieg“ forderte seinen Tribut. Mit dem Eichmann-Prozess ging das Gesetz des Handelns auf Israel über, Bonn geriet in die Defensive, von der es sich bis 1965 nicht erholen sollte. Die diplomatischen und verbalen Verrenkungen durch Anwendung der Hallstein-Doktrin – Werner Kilians höchst lesenswertes Buch „Die Hallstein-Doktrin“ (Berlin 2001)¹ fehlt in Jelineks Literaturverzeichnis – wurden vom eigenen Argument der „traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft“ ergänzt, trotz der Problematik dieser „Tradition“ während des Zweiten Weltkrieges. Immerhin reichten beide Begründungen, um das politische Gewicht der arabischen Hauptstädte zu schwächen, zumal da die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Werkstätten und Laboratorien der ägyptischen Rüstungsindustrie international unangenehm auffiel. Auf allen Seiten spielte der Einsatz der politischen Psychologie eine enorme Rolle.

Wie im Falle des israelisch-palästinensischen Konfliktes erschöpften sich die arabischen Proteste im wesentlichen in rhetorischen Ausfällen, während die nationalen politischen und wirtschaftlichen Interessen je im Vordergrund standen. Noch einmal gab Ludwig Erhard am 3. Dezember 1963 die Ablehnung voller diplomatischer Beziehungen zu Israel öffentlich bekannt, bevor neuerliche Veröffentlichungen zu den Waffengeschäften der deutschen Diplomatie eine hastige Vorwärtsstrategie aufzwangen, die im Mai 1965 mit dem Botschafteraustausch ihren vorläufigen Abschluss fand: Gegen alle Widerstände im eigenen Haus und im Auswärtigen Amt machte Ludwig Erhard von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch. Der „Durchbruch“ (Jelinek) fand also unter widrigen Umständen statt, bei denen dem Besuch Walter Ulbrichts in Kairo, der ohne die Anerkennung der SBZ blieb, wenig mehr als eine periphere Bedeutung zukam.

Reiner Bernstein

¹ Dazu die Rezension des Buches in dieser Menüleiste.